

10/1-24-01-1

58332 Schwelm, 23.03.2021

Niederschrift

Über die Sitzung des Kreistages Nr. KT/001/2021 am Montag, 22.03.2021, 17:00 Uhr im Haus Ennepetal, Gasstraße 10, 58256 Ennepetal, Mehrzweckhalle

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Landrat Olaf Schade

SPD-Fraktion:

Herr Guido Freisewinkel

Frau Sabine Kelm-Schmidt

Herr Georg Klee

Frau Claudia Krebs

Frau Renate Krisor

Herr Carsten Lampe

Frau Ann-Kathrin Limpert

Frau Barbara Lützenbürger

Herr Michael Nickel

Frau Heike Philipp

Herr Daniel Pilz

Herr Leon Reinecke

Herr Tim Richter

Frau Sigrid Ristau

Herr Christoph Ritzel

Herr Jan-Christoph Schaberick

Frau Karin Striepen

Frau Rosemarie Wolf-Laberenz

CDU-Fraktion:

Herr Klaus Baumann

Herr Christian Brandt

Frau Dr. Ulrike Brauksiepe

Herr Albert Broziewski

Herr Walter Faupel

Herr Oliver Flüshöh

Frau Tanja Kaschel

Herr Johannes Kraft

Herr Klaus Krägeloh

Herr Peter Kraus

Herr Frank Machtenberg

Frau Sabine Mayweg

Herr Gerhard W. Nörenberg

Herr Ulrich Oberste-Padtberg

Herr Jürgen Ostwald

Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN:

Frau Brigitte Altenhein

Frau Alina Blum

Frau Kirsten Deggim

Herr Jassin El Atmani

Frau Ina Gießwein

Herr Marcel Gießwein

Frau Karen Haltaufderheide

Frau Martina Hower

Frau Dr. Sabine Kummer-Dörner

Herr Andreas Müller

Herr Jörg Obereiner

Herr Thomas Schmitz

FDP-Fraktion:

Herr Andre Menninger

Herr Michael Schwunk

Herr Robin Thiele

Frau Astrid Timmermann

AfD-Fraktion

Herr Oliver Haarmann

Herr Matthias Renkel

Herr Stephan Thomas

Fraktion "DIE LINKE/Piraten":

Herr Helmut Kanand

Herr Jörg Müller

FW/BF

Frau Susanne Gaßmann

von der Verwaltung:

Herr Kreisdirektor Paul Frederik Höller

Herr Michael Schäfer

Herr Heinrich Dürwald

Frau Astrid Hinterthür

Herr Daniel Wieneke

Schriftführer:

Herr Robert Günzel

weiterer Schriftführer:

Herr Daniel Milleg

Entschuldigt fehlten:

SPD-Fraktion:

Herr Nicklas König

CDU-Fraktion:

Herr Udo Andre Schäfer

Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN:

Frau Anne Hofmeister

Fraktion "DIE LINKE/Piraten":

Frau Stephanie Zander

FW/BF

Herr Gerd Peters

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1.	Mitteilungen	
2.	Umbesetzung von Ausschüssen und externer Gremien	002/2021
3.	interfraktioneller Antrag "Streaming"	
4.	Freizeitschwerpunkt Glörtalsperre - Erhöhung des Regelzuschusses	005/2021
5.	Erarbeitung eines Tourismuskonzeptes für den Ennepe-Ruhr-Kreis	006/2021
6.	Beschleunigung der Medienentwicklung an den kreiseigenen Schulen	025/2021
7.	Gründung Wassernetz Ennepetal GmbH	037/2021
8.	Haushaltssatzung 2021 mit Anlagen	028/2021
8.1 .	Beteiligungsverfahren gem. § 55 KrO zum Kreishaushalt 2021	030/2021
9.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung - Trichinenschau	029/2021
10.	5. Änderung des Landschaftsplans Ennepetal, Gevelsberg, Schwelm: Naturschutzgebiet "Am Tannenbaum" - Einleitung des Änderungsverfahrens	016/2021
11.	Klimapartnerschaft mit Mekelle - Resolutionsentwurf	036/2021
12.	Antrag der Fraktionen v. SPD u. Bündnis 90 / Die Grünen "Seebrücke"	
13.	Nutzung Dienstfahrzeug durch Landrat Olaf Schade	031/2021
14.	Einkünfte aus Nebentätigkeiten von Landrat Olaf Schade in 2020	027/2021

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17.01 Uhr.

Zunächst schlägt er vor, den ursprünglich geplanten TOP 7 "Beteiligungsbericht 2020" von der Tagesordnung abzusetzen und in die nächste Sitzung des Kreistags zu vertagen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Auf seine Frage, ob sonst Anträge zur Tagesordnung vorlägen, erfolgen ebenfalls keine Wortmeldungen. Somit ist die geänderte Tagesordnung beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet Landrat Schade die neuen Kreistagsmitglieder Frau Dr. Brauksiepe und Frau Gießwein.

Anschließend verweist er auf die im Ältestenrat festgelegte Redezeit für die Haushaltsreden von 12,5 Minuten.

Öffentliche Sitzung

TOP 1. Mitteilungen

Landrat Schade teilt mit, dass die 7-Tage-Inzidenz im Ennepe-Ruhr-Kreis derzeit bei 109,53 liege und damit dem Landesdurchschnitt von NRW entspräche. Er verzichtet auf weitere Mitteilungen zu der Corona-Pandemie im Sinne einer straffen Sitzung und verweist auf die täglichen Pressemitteilungen des Ennepe-Ruhr-Kreises diesbezüglich.

TOP 2. Umbesetzung von Ausschüssen und externer Gremien Drucksache-Nr. 002/2021

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag um die Nachbenennung von Herrn Christian Brandt als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Kreisentwicklung, Wirtschaft, Verkehr, Demografie und digitale Infrastruktur erweitert wird.

Beschluss:

Es wird abberufen:

Als stellvertretendes Mitglied im Kreisausschuss Frau Dr. Sabine Kummer-Dörner,

als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Schule, Bildung und Integration Herr Marcel Gießwein, Frau Ina Gießwein (skB),

als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Inklusion Frau Sabine Mayweg,

als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Inklusion Frau Ina Gießwein (skB),

als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeitsmarktpolitik Herr Christian Brandt.

als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Arbeitsmarktpolitik Herr Marcel Gießwein, Frau Dr. Sabine Kummer-Dörner,

als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bauen Herr Thomas Schmitz, Herr Sebastian Makowka (skB),

als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bauen Frau Dr. Sabine Kummer-Dörner, Frau Kirsten Deggim,

als ordentliches Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss Frau Dr. Sabine Kummer-Dörner,

als stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Abfallwirtschaftsverbandes EKO-City

Frau Sabine Mayweg.

Es wird benannt:

Als ordentliches Mitglied im Kreisausschuss Frau Dr. Sabine Kummer-Dörner,

als stellvertretendes Mitglied im Kreisausschuss Frau Ina Gießwein,

als stellvertretende Mitglieder im Ausschuss für Kreisentwicklung, Wirtschaft, Verkehr, Demografie und digitale Infrastruktur

Herr Christian Brandt,

Herr Dr. Christian Bockelmann (skB),

als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Schule, Bildung und Integration Frau Ina Gießwein,

als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Schule, Bildung und Integration Herr Werner Kollhoff (skB),

Herr Wolfram Thiel (skB),

als ordentliches Mitglied in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Inklusion Herr Oliver Tiefmann (skB),

Frau Ina Gießwein,

als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Inklusion Herr Marco-Sandor Fussy (skB),

als ordentliches Mitglied in den Ausschuss für Arbeitsmarktpolitik Frau Jessica Citrich (skB),

als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Arbeitsmarktpolitik

Frau Ina Gießwein,

Herr Jassin El Atmani,

Herr Jürgen Uebelgünn (skB),

als ordentliches Mitglied in den Ausschuss für Bauen

Frau Dr. Ulrike Brauksiepe,

Frau Dr. Sabine Kummer-Dörner,

Frau Kirsten Deggim,

als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Bauen

Herr Thomas Schmitz,

Herr Andreas Müller.

als ordentliches Mitglied in den Ausschuss für Sport, Freizeit und Kultur Herr Jörg Obereiner,

als ordentliches Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss

Frau Dr. Ulrike Brauksiepe,

Herr Jürgen Uebelgünn (skB),

als stellvertretendes Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss

Frau Dr. Sabine Kummer-Dörner,

als ordentliches Mitglied in den Polizeibeirat

Frau Sabine Mayweg,

Frau Ina Gießwein,

als ordentliches Mitglied in den Polizeibeirat beim Polizeipräsidenten Bochum Herr Jürgen Ostwald,

als stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Abfallwirtschaftsverbandes EKO-City

Frau Tanja Kaschel.

In den Beirat der Haus Herbede Betriebs-GmbH Witten wird Herr Benedikt Pernack (skB) als stellvertretendes Mitglied entsandt.

Als Mitglied für den Verbandsrat EKOCity wird der Verbandsversammlung die Entsendung des Herrn Daniel Wieneke empfohlen.

TOP 3. interfraktioneller Antrag "Streaming"

Herr Pilz teilt mit, dass bis auf die Gruppe Freie Wähler/Bürgerforum alle Fraktionen den Vorschlag mittragen würden.

Herr Müller, J. verweist auf den Antrag der Piratenpartei aus 2019, welcher damals abgelehnt wurde, und begrüßt den neuerlichen Vorschlag.

Beschluss:

Unter Berücksichtigung der Kosten - Nutzen Analyse schlagen die im Kreistag vertretenden Fraktionen folgende Umsetzung des Streamen von Kreistagssitzungen vor:

- 1. es werden nur der Landrat und die Redner am Rednerpult mit Bild und Ton übertragen
- 2. möchte ein*e Redner*in nicht übertragen werden, wird der Landrat ins Bild gesetzt und der Ton, wenn gewünscht, abgeschaltet
- 3. ein Wortbeitrag kann aus dem Plenum heraus auch ohne Bild übertragen werden (es stehen Mikrophone im Sitzungssaal zur Verfügung)
- 4. die Sitzung wird live gestreamt und nachträglich maximal 7-Tage online gestellt
- 5. ein Wasserzeichen ist in das Bild einzublenden
- 6. ein rechtlicher Hinweis zur missbräuchlichen Verwendung von Bild und Ton wird mit möglichen Konsequenzen vor der Nutzung des Streaming-Dienstes eingestellt
- 7. zur Verminderung von Barrieren für Menschen mit Einschränkungen, wird durch eine Software das gesprochene Wort in einen Text umgewandelt und eingeblendet
- 8. bei missbräuchlicher Verwendung der Aufzeichnungen wird die Kreisverwaltung betroffenen Kreistagsmitgliedern größtmögliche, auch rechtliche, Unterstützung im Rahmen ihrer Möglichkeiten gewähren
- 9. es werden 50.000 € an Haushaltsmitteln bereitgestellt

Ein Streamen von Ausschusssitzungen findet nicht statt. Der Kreistag bittet den Landrat die vorgeschlagene Umsetzung zu prüfen und bei eventuellen Umsetzungsproblemen den Kreistag zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Bei einer Gegenstimme der SPD und Enthaltung von FW/BF mehrheitlich beschlossen

TOP 4. Freizeitschwerpunkt Glörtalsperre - Erhöhung des Regelzuschusses Drucksache-Nr. 005/2021

Beschluss:

Der Kreistag stimmt dem Wirtschaftsplan 2021 der Freizeitschwerpunkt Glörtalsperre GmbH und damit der Erhöhung des jährlichen Regelzuschusses auf 79.500 € zu.

TOP 5. Erarbeitung eines Tourismuskonzeptes für den Ennepe-Ruhr-Kreis Drucksache-Nr. 006/2021

Herr Müller, A. begrüßt die Vorlage und begründet den Ergänzungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 05.03.2021. Ein Konzept sei für die IGA 2027 und für den Titel als UNESCO-Welterbe notwendig. Er betont, dass dabei Nachhaltigkeit ebenso wichtig sei wie der politische Konsens und spricht sich für eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung aus.

Auch Herr Flüshöh begrüßt die Vorlage grundsätzlich und begründet den Vorschlag der CDU-Fraktion aus dem Änderungsantrag vom 15.03.2021. Der Prozess für ein strategisches Gesamtkonzept sei damit angestoßen. Weitere Themenfelder könnten mit aufgenommen werden. Das strategische Kreisentwicklungskonzept könne aufgrund seines Umfangs bis in den Herbst geschoben werden. Seine Fraktion stimme sowohl dem Beschlussvorschlag als auch dem Ergänzungsantrag zum Tourismuskonzept zu. Er bittet darum, dass man sich im Herbst an die Arbeit für ein Gesamtkonzept begebe.

Herr Kanand begrüßt das Tourismuskonzept, sieht den Ergänzungsantrag der CDU für ein Kreisentwicklungskonzept aber kritisch. Ein solches müsse zunächst im Fachausschuss beraten werden. Hierbei müsse ggf. externe Beratung hinzugezogen und Kosten ermittelt werden. Er stellt den Antrag auf Verweisung des CDU-Antrages in den Fachausschuss.

Herr Flüshöh wiederholt, dass er damit einverstanden sei, den Antrag im Herbst und damit auch im Fachausschuss weiterzubehandeln.

Der Vorsitzende lässt zunächst über die Aufnahme des Ergänzungsantrags der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN in den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Dies wird bei Enthaltung der Fraktionen von FDP und AfD einstimmig angenommen.

Anschließend wird über den modifizierten Beschlussvorschlag abgestimmt. Diese/r wird bei Enthaltung der FDP-Fraktion einstimmig angenommen.

Der Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion wird einvernehmlich vertagt.

Beschluss:

- 1. Der Kreistag des Ennepe-Ruhr-Kreises beauftragt die Kreisverwaltung mit der Erstellung eines kreisweiten Tourismuskonzepts. Zu diesem Zweck werden im Haushaltsplan 2021 100.000 Euro bereitgestellt.
- 2. Das Tourismuskonzept für den Ennepe-Ruhr-Kreis soll sich am Leitbild einer nachhaltigen, umwelt- und klimagerechten Freizeit- und Tourismusentwicklung orientieren. Nutzungskonflikte sowie Eingriffe in den Freiraum und seine schützenswerten Bereiche sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Dort wo Nutzungskonflikte auftauchen, sollen diese erfasst, nach Möglichkeit verringert und ausgeglichen werden."
- 3. Das Leistungsverzeichnis (in der Anlage) wird um folgende Punkte ergänzt: Die Position 6 wird die Online-Akteursbefragung um eine zusätzliche "Bürger*innenbefragung" ergänzt. Die Position 9 wird um die Aufnahme bekannter Konflikte: zwischen touristischer Nutzung einerseits und Naturschutz, Landschaftsschutz und Klimaschutz andererseits sowie zwischen den verschiedenen touristischen Nutzungen ergänzt.

In Position 13 werden neben den bereits skizzierten Untersuchungsbereichen (Zielsetzung, Inhalte, Umsetzungsschritte, Anknüpfungspunkte, Zuständigkeiten, Zeithorizonte, Prioritäten, Finanzierungsbedarf und Fördermöglichkeiten) bei den Steckbriefen jeweils auch die Auswirkung auf den Freiraum sowie etwaige Nutzungskonflikte betrachtet (Nachhaltigkeits-Check).

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung der FDP-Fraktion einstimmig beschlossen

TOP 6. Beschleunigung der Medienentwicklung an den kreiseigenen Schulen Drucksache-Nr. 025/2021

Beschluss:

Die Ausführungen zur Beschleunigung der Medienentwicklung an den kreiseigenen Schulen werden zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, die personelle Ausstattung nachzusteuern und die Einrichtung zwei weiterer Stellen Administration sowie einer Stelle "Unterstützung der Medienkoordination" vorzunehmen und hierzu eine Förderung aus dem Programm IT-Administration zu beantragen.

TOP 7. Gründung Wassernetz Ennepetal GmbH

Drucksache-Nr. 037/2021

Herr Kraft nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Kanand begrüßt die Vorlage. Wasserversorgung sei ebenso wie Energieversorgung ein Teil der Daseinsvorsorge und gehöre grundsätzlich in öffentliche Hand.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der Gründung der Wassernetz Ennepetal GmbH und dem Gesellschaftsvertrag (Anlage) zu.

TOP 8. Haushaltssatzung 2021 mit Anlagen

Drucksache-Nr. 028/2021

Der Vorsitzende legt die Rednerreihenfolge traditionell nach Fraktionsgröße fest.

Die Fraktionsvorsitzenden Herr Pilz, Herr Flüshöh, Frau Haltaufderheide, Herr Schwunk, Herr Renkel und Herr Kanand stellen in den Haushaltsreden die Auffassung ihrer jeweiligen Fraktion dar.

Schwerpunkte bilden dabei die Corona-Krise, die Sport- und Kulturförderung, Klimaschutz sowie die Kreisumlage und in diesem Zusammenhang die Haushaltslage der kreisangehörigen Städte. Zudem wird der Datenschutz-Vorfall in der Verwaltung im Zusammenhang mit der Absage der Impftermine durch die Fraktionen thematisiert. Weiterhin werden die vorliegenden Anträge zum Haushalt bzw. etwaige Gegenpositionen begründet.

Im Anschluss an die Haushaltsreden lässt Landrat Schade über die vorliegenden Anträge zum Haushalt abstimmen:

- 1. Antrag der Fraktion DIE LINKE/Piraten "Reinigungsdienste" vom 08.03.2021 Der Vorsitzende lässt über die beiden Ziffern getrennt abstimmen. Ziffer 1 des Antrags wird gegen die Stimmen von DIE LINKE/Piraten u. FW/BF mehrheitlich abgelehnt. Ziffer 2 des Antrags wird gegen die Stimmen von CDU, FDP und AfD mehrheitlich beschlossen.
- 2. Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN "Jobrad" vom 15.02.2021 Der Antrag wird bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen.
- 3. Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP u. DIE LINKE/Piraten "Sport" vom 10.02.2021 Der Antrag wird einstimmig beschlossen.
- 4. Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN "Nachhaltige Beschaffung" vom 15.02.2021 Der Antrag wird gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD mehrheitlich beschlossen. Der diesbezügliche Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 12.03.2021 wird einvernehmlich vertagt
- 5. Antrag der CDU-Fraktion "Mobile Retter" vom 10.02.2021 Der Antrag wird mit dem diesbezüglichen Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 18.03.2021 zur Gesamtabstimmung gestellt und einstimmig beschlossen.
- 6. Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN "Kultur" vom 02.02.2021 Der um den Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE/Piraten vom 20.03.2021 erweiterte Antrag wird gegen die Stimmen der AfD mehrheitlich beschlossen.
- 7. Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN "Radverkehrsbeauftragter" vom 11.02.2021 Der um den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 15.03.2021 ohne dessen ersten Satz erweiterte Antrag wird gegen die Stimmen von FDP und AfD mehrheitlich beschlossen.
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN "Klimaschutzziele" vom 15.02.2021
 Der Antrag wird gegen die Stimmen der AfD mehrheitlich beschlossen. Der diesbezügliche Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 15.03.2021 wird einvernehmlich vertagt.

- 9. Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE/Piraten und der Gruppe FW/BF "Radio EN" vom 21.03.2021
 - Der Antrag wird bei Gegenstimmen der FDP und Enthaltung der AfD mehrheitlich beschlossen. Der diesbezügliche Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 21.03.2021 wird gegen die Stimmen von FDP und AfD mehrheitlich abgelehnt.
- 10. Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN "Kreisumlage" vom 21.03.2021

Bei Gegenstimmen der Fraktionen von FDP und AfD sowie Enthaltung der Fraktion DIE LINKE/Piraten wird der Antrag mehrheitlich beschlossen.

Sodann lässt der Vorsitzende über die einzelnen Ziffern des Antrags der FDP-Fraktion vom 18.03.2021 getrennt abstimmen.

Ziffer 1 und 2 des diesbezüglichen Antrags werden gegen die Stimmen von FDP und AfD mehrheitlich abgelehnt. Ziffer 3 des Antrages wird gegen die Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE/Piraten mehrheitlich abgelehnt.

Zuletzt lässt der Vorsitzende über die Vorlage der Haushaltssatzung 2021 mit Anlagen unter Berücksichtigung der zuvor durch den Kreistag beschlossenen Änderungen abstimmen. Dabei weist Landrat Schade darauf hin, dass die Abstimmung über den Haushalt 2021 auch die Abstimmung zu TOP 9.1 "Beteiligungsverfahren gem. § 55 GO NRW" beinhalte.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung für das Jahr 2021 wird in der Fassung des Entwurfs der Haushaltssatzung unter Berücksichtigung der von der Verwaltung vorgelegten Änderungslisten und gegebenenfalls der im Kreistag beschlossenen weiteren Änderungen und Ergänzungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Bei Gegenstimmen der Fraktionen von FDP und AfD sowie Enthaltung der Fraktion DIE LIN-KE/Piraten mehrheitlich beschlossen

TOP 8.1. Beteiligungsverfahren gem. § 55 KrO zum Kreishaushalt 2021 Drucksache-Nr. 030/2021

Beschluss:

Die Einwendungen der Städte zum Haushaltsplanentwurf 2021 werden zur Kenntnis genommen.

Der Kreisumlagehebesatz wird in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Höhe (Haushaltsplanentwurf 2021 incl. Änderungslisten und ggf Beschlüssen in der Kreistagssitzung) festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Bei Gegenstimmen der Fraktionen von FDP und AfD sowie Enthaltung der Fraktion DIE LIN-KE/Piraten mehrheitlich beschlossen

TOP 9. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung - Trichinenschau Drucksache-Nr. 029/2021

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt auf Grundlage des § 23 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.1979 (GV NRW.621) in der zurzeit gültigen Fassung die in der Anlage 2 ersichtliche öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein als Untersuchungseinrichtung nach Art. 37 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 2017/625 zu schließen.

TOP 10. 5. Änderung des Landschaftsplans Ennepetal, Gevelsberg, Schwelm: Naturschutzgebiet "Am Tannenbaum" - Einleitung des Änderungsverfahrens

Drucksache-Nr. 016/2021

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Änderungsbereich gemäß Anlage 1 die 5. Änderung des Landschaftsplans Nr. 4 für den Raum Ennepetal – Gevelsberg – Schwelm im vereinfachten Verfahren gemäß § 20 Abs. 2 Landesnaturschutzgesetz Nordrhein-Westfalen durchzuführen.

TOP 11. Klimapartnerschaft mit Mekelle - Resolutionsentwurf Drucksache-Nr. 036/2021

Beschluss:

Der Kreistag verabschiedet folgende Resolution:

Die Regionalhauptstadt Mekelle in der Region Tigray in Äthiopien und der Ennepe-Ruhr-Kreis sind im letzten Jahr eine Klimapartnerschaft eingegangen. Mit Ausbruch des militärischen Konfliktes wurden jegliche Kontakte zur Stadtverwaltung bis heute unterbrochen. Die spärlichen Nachrichten zeugen von kriegerischen Handlungen und wahrscheinlich auch von Massakern an Teilen der Zivilbevölkerung. Humanitäre Infrastrukturen wurden geplündert und zerstört. Millionen von Menschen in der Region benötigen dringend Wasser, Nahrungsmittel und medizinische Hilfslieferungen werden jedoch oft blockiert.

Wir sind sehr betroffen und protestieren als unterzeichnende Kreistagsmitglieder und im Namen aller Einwohner des Ennepe-Ruhr-Kreises gegen jegliches gewaltsames kriegerisches Vorgehen in Mekelle und Tigray. Wir fordern eine rasche politische Lösung des Konfliktes, der ansonsten die Gefahr birgt, sich auf weitere ostafrikanische Staaten auszuweiten.

Aber vor allem verlangen wir die sofortige Einstellung der Kriegshandlungen und die Veranlassung umfassender humanitärer Hilfe zur Linderung des Leidens der Menschen in den Kriegsgebieten.

TOP 12. Antrag der Fraktionen v. SPD u. Bündnis 90 / Die Grünen "Seebrücke"

Herr Reinecke begründet den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 20.02.2021.

Er stellt dabei seine bisherigen persönlichen Erfahrungen mit Geflüchteten dar und spricht sich gegen eine Kriminalisierung der Maßnahmen im Rahmen der Initiative "SEEBRÜCKE" aus. Die Städte sollten bei der Aufnahme von Flüchtlingen unterstützt werden. Den Antrag der CDU-Fraktion lehne seine Fraktion mangels konkreter Maßnahmen ab.

Herr Flüshöh sieht derzeit keinen Anlass für den Vorstoß von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Keine Stadt habe die Hilfe des Kreises erbeten oder angefordert. Er hegt Zweifel an der Zulässigkeit des Antrages, welcher zudem nicht umsetzbar sei und sieht den Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 15.03.2021 als Kompromisslösung. Zudem werde der AfD durch den Ursprungsantrag unnötigerweise eine Bühne eröffnet.

Herr Renkel sieht den Antrag kritisch. Nach seiner Auffassung gehe es hier nicht um Seenotrettung sondern um Schleusertätigkeit, welche einer linksextremistischen Ideologie entspräche. Diese sei nicht im Interesse der Menschen im Kreis. Zudem handele es sich nicht um Flüchtlinge sondern überwiegend um Wirtschaftsmigranten. Dementsprechend lehne seine Fraktion den Antrag ab.

Herr Gießwein widerspricht seinem Vorredner energisch. Die Helfer dürften nicht verunglimpft werden. Die Argumentation der AfD entspräche nicht den Tatsachen und sei undemokratisch und spaltend. Auch der Antrag der CDU werde durch seine Fraktion abgelehnt. Alle Geflüchteten seien willkommen und nicht nur die Zugeteilten.

Herr Menninger stimmt Herrn Flüshöh zu. Auch er sieht weder die Notwendigkeit eines solchen Beschlusses noch eine Zuständigkeit des Kreistages. Seine Fraktion unterstütze den Alternativantrag der CDU. Der Antrag von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei hingegen abzulehnen.

Herr Kanand verweist auf Art. 1 des Grundgesetzes. Man trage allein aus eigener Geschichte Verantwortung. Die Entscheidung des Bundesinnenministers bzw. der Bundesregierung, nur 1.500 Geflüchtete aufzunehmen, sei ein Trauerspiel. Seine Fraktion unterstütze den Antrag von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Landrat Schade hält beide vorliegenden Anträge für rechtlich zulässig. Er lässt zunächst über den CDU-Antrag abstimmen. Dieser wird gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Nach dieser Ablehnung wird nunmehr über den Ursprungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN abgestimmt.

Beschluss:

- 1. Der Kreistag des Ennepe-Ruhr-Kreises erklärt sich mit Menschen auf der Flucht solidarisch. Der Ennepe-Ruhr-Kreis erklärt sich im Rahmen der Initiative "SEEBRÜCKE" zum sicheren Hafen und bekennt sich zu den Zielen der Initiative.
- a. Der Kreistag des Ennepe-Ruhr-Kreises stellt sich gegen die Kriminalisierung von Seenotrettung insbesondere aus dem Mittelmeer.
- b. Der Ennepe-Ruhr-Kreis bietet sich den Städten des Kreises aktiv als Unterstützer zur Aufnahme von Geflüchteten über die vorgegebene Verteilungsquote hinweg an. Er bietet den Städten hierzu Personalressourcen aus dem kreiseigenen kommunalen Integrationszentrum (KI) an. Er garantiert,

dass geflüchtete Menschen eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Medizin und Bildung erhalten. Der Kreistag beschließt den Auftrag an das KI, sich aktiv mit Städten des Bündnisses "SEEBRÜCKE" im EN-Kreis zu vernetzen, und auf Umsetzung der Forderungen hinzuwirken.

2. Der Beschluss wird öffentlichkeitswirksam bekannt gegeben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD beschlossen

TOP 13. Nutzung Dienstfahrzeug durch Landrat Olaf Schade Drucksache-Nr. 031/2021

Die erste stellvertretende Landrätin, Frau Kelm-Schmidt, übernimmt die Sitzungsleitung.

Beschluss:

Der Kreistag genehmigt die folgende Vereinbarung zwischen dem Ennepe-Ruhr-Kreis und Landrat Olaf Schade:

- Landrat Schade wird die außerdienstliche Nutzung des ihm zugewiesenen Dienstfahrzeuges entsprechend der Richtlinien über die Haltung und Benutzung von Dienstkraftfahrzeugen im Lande Nordrhein-Westfalen vom 05.03.1999 in der jeweils geltenden Fassung gestattet.
- 2. Das Recht zur außerdienstlichen Nutzung des Dienstfahrzeugs außerhalb des Kreisgebiets wird auf die Fahrten zur RVR-Verbandsversammlung einschließlich der Fahrten zu den Sitzungen der Gremien, zu denen der Landrat durch den RVR bzw. die RVR-Verbandsversammlung entsandt wird, sowie die Fahrten zu den Gremien von Institutionen, an denen der Ennepe-Ruhr-Kreis unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, beschränkt.
- 3. Soweit der Landrat für die Fahrten nach Ziffer 2 eine Fahrtkostenerstattung erhält, führt er diese unter Anrechnung auf die nach § 17 Abs. 4 der Richtlinien zu entrichtenden Beträge vollumfänglich an den Kreis ab.

TOP 14. Einkünfte aus Nebentätigkeiten von Landrat Olaf Schade in 2020 Drucksache-Nr. 027/2021

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Landrat Olaf Schade seiner Verpflichtung gemäß \S 17 Abs. 2 KorruptionsbG nachgekommen ist.

Ende der Sitzung um 19:16 Uhr

gez. Landrat Olaf Schade gez. Robert Günzel

Vorsitzender Protokollführer

Vorsitzender	Protokollführer
Ende der Sitzung um 19:16 Uhr	